

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-  
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Peltzelle oder deren  
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen  
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gad in Wildbad.

Nummer 111

Wildbad, Montag, den 17. Mai 1920.

54. Jahrgang

### Eine bewegliche „Fest“setzung.

Der Londoner „Daily Chronicle“ erzählt von einem diplomatischen Mitarbeiter, daß sich zwischen Lloyd George und Millerand eine Verständigung über die Festsetzung der von Deutschland zu fordernden Summe anbahne. Deutschland soll zunächst zu einer Summe verpflichtet werden, die die äußerste Möglichkeit bei der derzeitigen Erschöpfung Deutschlands darstellt. Sollte sich Deutschland mit der Zeit wieder erholen, so soll die jährliche Entschädigungssumme entsprechend erhöht werden. — Deutschland soll, mit anderen Worten — dauernd das Höchstmah dessen zu bezahlen haben, was es mit äußerster Kräfteanstrengung aufzubringen im Stande ist.

Von einer „Festsetzung“ der Entschädigungsansprüche ist also genau genommen keine Rede, was von Jahr zu Jahr oder allenfalls jeweils für einige Jahre festgelegt werden soll, das sind nur die jährlichen Abschlagszahlungen. Auch in diesem Punkt scheint also, wenn die Meldung Meldungsdes „Daily Chronicle“ richtig ist, was sehr wohl möglich ist, Millerand über das schwankende Rohr, Lloyd George geheißenen, Sieger geblieben zu sein. Die französische Rechnung ist sehr einfach. Im französischen Staatshaushalt fließt ein Loch von 38½ Milliarden Franken. 20 Milliarden davon sollen durch Umsatzsteuer und Realsteuern gedeckt werden. 8 Milliarden gedenkt der französische Finanzminister Marjail bei den Verbündeten oder anderen guten Freunden zu pumpen. In das verbleibende Loch von 22 Milliarden jährlich — für Wiederaufbau, Pensionen für Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene u. dgl. — stopft er den Friedensvertrag von Versailles. Weder eine Einkommensteuer, noch eine Wegsteuerung der Kriegsgewinne magt die französische Regierung dem herrschenden Kapitalismus zuzumuten. Deutschland bezahlt alles, damit haben Clemenceau und Millerand das französische Rentnerium hingehalten. Und so klammert sich die bankrotte französische Finanzwirtschaft an den Betrag von Versailles, an das bankrotte Deutschland. In England und Italien hat man eingesehen, daß auf diesem Wege nur einer den andern mit ins Verderben reißt, aber jeder Versuch, in vernünftige Bahnen einzulenken, scheitert an dem Haß der Franzosen und an der Angst der französischen Regierung vor ihren kapitalistischen Auftraggebern. Frankreich glaubt nur einem niedergebückten Deutschland gegenüber seine unerfüllbaren Forderungen einprägen zu können. Vor die Frage, wie man Deutschland wieder arbeitsfähig macht, schiebt es daher immer wieder die Frage, wie man Deutschland so wehrlos macht, daß Raubzüge, wie der in den Maingau, völlig ungehindert werden.

### Landarbeiter statt Landbesitzer in Brasilien.

Das „Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamts“ warnt eindringlich vor der Einwanderung deutscher Landarbeiter nach Brasilien. Die neueren beim Reichswanderungsamt eingetroffenen Berichte bestätigen, daß die brasilianische Regierung zurzeit nicht in der Lage ist, den Einwanderern Landlose zur Verfügung zu stellen, sie vielmehr zum großen Teil als Landarbeiter auf Kaffeepflanzungen nach Sao Paulo geschickt und die weitere Einwanderung unter Vorauszahlung der Ueberfahrtskosten bis auf weiteres eingestellt hat. Eine der vom Reichswanderungsamt mit der Ermittlung der Verhältnisse beauftragte Stelle in Rio de Janeiro hat festgestellt, daß die im November 1919 in deutschen Zeitungen erschienenen Anzeigen, nach denen 3000 landwirtschaftliche Auswanderer kostenlos auf brasilianischen Schiffen von Rotterdam nach Rio befördert werden sollen, gar nicht vom brasilianischen Einwanderungsamt veranlaßt worden sind. Die Beschäftigung als Landarbeiter ist natürlich etwas ganz anderes, als das, was die Auswanderer sich vorgestellt hatten, da ihnen Selbständigkeit auf eigener Scholle versprochen worden ist.

In der gleichen Nummer des Nachrichtenblatts wird auch die Frage der Einwanderung und Kolonisation in Argentinien erörtert. Der Herausgeber des in Buenos Aires erscheinenden „Argentinischen Tagblatts“ hat eine Reihe hervorragender Mitglieder der dortigen deutschen Kolonie über ihre Ansichten über die deutsche

Einwanderung nach Argentinien befragt. Der Grundton der Antwort ist mit wenigen Ausnahmen starker Zweifel und Warnung vor übertriebenen Hoffnungen und Erwartungen: Argentinien ist für eine große, in viele Tausende gehende deutsche Masseneinwanderung nicht reif und vorbereitet. Der deutsche Auswanderer, den die Sehnsucht nach eigener Scholle und nach Selbständigkeit treibt, stößt in Argentinien auf den ungeheuren Großbetrieb und das übliche kurzfristige Pachtssystem, das ihn, wenn er nicht vorher als Lohnarbeiter untergeht, zum Nomadenleben verurteilt.

### Die bolschewistische Propaganda.

Kopenhagen, 16. Mai. Die „Berlingske Tidende“ meldet aus Moskau, daß die litauische Polizei bei Birzballe Personen verhaftet hat, die sich über die litauische Grenze schleichen wollten. Es zeigte sich aus den bei ihnen in einem Gürtel eingetauchten Papieren, daß es sich um Kuriere der deutschen Spartakistenzentrale in Berlin an die Sowjetregierung handelte. Ferner führten die Verhafteten ausführliche Berichte in russischer Sprache über die Arbeit der Spartakisten mit sich, in denen über die bolschewistische Propaganda in Italien, Polen, Tschechien, Ungarn, Dänemark, Deutschland und Galizien berichtet. Das Hauptziel richtet sich augenblicklich auf Italien, wo die Propaganda sich vorbereitet werde. Auch in Frankreich greife die

Propagandatätigkeit fort. In all diesen Ländern sind geheime Druckereien errichtet, die Flugblätter in großer Zahl verbreiten. Oesterreich habe große Luft, Handelsverbindungen mit Rußland anzuknüpfen, halte sich aber aus Furcht vor Frankreich zurück. In Deutschland seien alle Kreise von der Idee der Wiederaufnahme von Handelsverbindungen mit Rußland begeistert und in Berlin seien zwei neue spartakistische Bureaus, ein kommunistisches und südösterreichisches Bureau errichtet worden. Die Moskauer Regierung wird ersucht, ob diese beiden Bureaus Vertreter zu entsenden. Schließlich beschwören sich die Spartakistenführer darüber, daß sie Geldsendungen aus Rußland nicht erhalten und in Berlin könnten sie ohne Geld nichts machen. „Alles steigt im Preise und was sollen wir mit den Summen, die uns angeboten werden?“ Aus den Papieren, die die Kuriere, die im übrigen reichlich mit falschen Pässen versehen waren, mit sich führten, geht ferner hervor, daß am 2. Mai in Königsberg eine geheime bolschewistische Konferenz stattgefunden hat, an der Vertreter aus Polen, Litauen, Rußland, Estland und Finnland teilnahmen.

Kopenhagen, 16. Mai. Nach Abschluß des russisch-litauischen Friedensvertrags wird in Moskau eine diplomatische Vertretung der Bolschewisten eingerichtet werden, die leicht den Charakter eines bolschewistischen Erbebündnisses erhalten kann als letztes Glied in der Kette Moskau-Berlin.

### Neues vom Tage.

#### Süddeutschland für die Zwangswirtschaft.

Berlin, 16. Mai. Die deutschen Ernährungsminister traten gestern unter dem Vorsitz des Reichsernährungs- und Landwirtschaftsministers zu einer Beratung zusammen. Die Frage, ob die Zwangswirtschaft für die Ernte 1920 beibehalten werden solle, wurde von den süddeutschen Ministern entschieden bejaht, während der Reichsernährungsminister, der selbst Landwirt ist, dafür eintrat, daß die Kartoffel- und Getreideernte größtenteils freigegeben werde. Bayern und die übrigen Länder waren schließlich damit einverstanden, daß ein gewisser Prozentsatz der Ernte der Zwangsbewirtschaft vorgehalten bleibe, während der Rest — ohne die Selbstversorgungsmenge — den Erzeugern zur freien Verfügung überlassen werde.

#### Wahlvorbereitungen.

Berlin, 16. Mai. In den rechtsgerichteten Blättern wird dazu aufgefordert, des Opfertags am 16. Mai zu gedenken. Zehn Millionen Mark stelle die Reichsregierung den Mehrheitsparteien zur Verfügung zu ihrer Wahl-agitation durch Wort, Schrift, Kino und jedes Mittel amerikanischer Reklame. Die Rechtsparteien seien demgegenüber allein auf den Opfertag ihrer Parteifreunde angewiesen.

#### Reichsarbeitgeberverband der Städte.

Bonn, 16. Mai. Nach einer Mitteilung des hiesigen Magistrats wurden Verhandlungen gepflogen, einen Reichsarbeiterverband für die Städte des ganzen Reichs zu bilden.

#### Mißtrauensvotum gegen Ebert.

Berlin, 16. Mai. Die sozialdemokratischen Vereine in Frankfurt a. M. und Jena haben dem Reichspräsidenten Ebert den schärfsten Tadel ausgesprochen, daß er zwei Todesurteile gegen Kommunisten im Ruhrgebiet bestätigt habe. Die Jenaer Betriebsräte sprachen ihm ihre „tieffste Verachtung“ aus.

#### Lohnbewegung.

Berlin, 16. Mai. Trotz des Entgegenkommens der Bankleitungen, die sich bereit erklärten, über einen Reichstaxi für Bankangestellte zu verhandeln, wenn zuvor alle örtlichen Streiks abgebrochen werden, sind die Einigungsverhandlungen gescheitert. Es dürfte in einer größeren Zahl von Städten zum Streik der Bankbeamten kommen.

#### Lehrerschaft und Gewerkschaft.

Halle a. S., 16. Mai. Die 28. Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins lehnte die gewerkschaftliche Organisation der Lehrervereine ab; es wurde aber beschlossen, nach gewerkschaftlichen Grundsätzen zu arbeiten.

#### Die Einwohnerwehr in Bayern bleibt.

München, 16. Mai. Der stellvertretende Landeshauptmann der Einwohnerwehren Bayerns teilte nach der „Tägl. Rundschau“ in einer Sitzung in Rosenheim mit, daß man sich laut einer Nachricht an die bayerische Regierung in Paris mit dem Weiterbestehen der Einwohnerwehren in Bayern abgefunden habe. — Und in Württemberg und Baden? In Berlin hat man die Klinte doch zu früh ins Korn geworfen.

#### Wirklich Räumung des Maingaues?

Paris, 16. Mai. General Nollet meldet, nach dem bisherigen Ergebnis der Nachprüfung, ob die deutsche Reichswehr bis auf den durch das vorjährige August-Abkommen erlaubten Stand aus der neutralen Zone des Ruhrgebiets zurückgezogen sei, sei anzunehmen, daß dies der Fall sei. Marschall Foch wird einen Offizier nach Kassel senden, der mit der deutschen Regierung über die Räumung des seit 10. April besetzten Maingaues verhandeln soll. (Was braucht es denn da noch besondere Verhandlungen?)

#### Die neue Regierung in Mexiko.

London, 15. Mai. Laut „Times“ ist die vorläufige Regierung von Mexiko mit de la Huerva aus dem Staate Sonora als vorläufigem Präsidenten der Republik, General Callon als Kriegsminister und Juan Sanchez Alfoa als Minister des Innern gewählt worden.

#### Pacelli Nuntius in Berlin.

Berlin, 16. Mai. Der Kardinalstaatssekretär hat dem deutschen Botschafter beim Vatikan die bevorstehende Eröffnung einer apostolischen Nuntiatur in Berlin bekannt gegeben. Zum Nuntius ist der gegenwärtige Nuntius in München, Pacelli, in Aussicht genommen.

#### Nette Zustände.

Sangerhausen (Prov. Sachsen), 16. Mai. In der Nacht auf Samstag besetzten Bewaffnete, in der Mehrzahl Fremde, die meisten öffentlichen Gebäude und die Banken. Auch der telephonische Verkehr wurde unterbunden. Die Postbeamten wurden entlassen, die Behörden für abgesetzt erklärt. Auf den Banken wurden, soweit bisher bekannt, etwa eine halbe Million bargeraubt. Die Zeitungen mußten unter Zensur erscheinen. Ein Aufruf des „Exekutivkomitees“ an die Bewohner der Stadt, unterzeichnet N. Hölz, forderte zur „Ruhe und Arbeit“ auf. Hiesige Kommunisten stellten sich den Aufständischen zum Teil zur Verfügung. So schnell, wie der Sturm gekommen war, verschwand er auch wieder. Im Verlauf des Vormittags machten sich die Kommunisten mit einigen hiesigen Führern mit samt dem Gelde auf dem Bahnhof festgenommen werden. Inzwischen sind weitere Verhaftungen vorgenommen worden.

### Die Ablieferung der Fischereidampfer.

Berlin, 14. Mai. Die zurzeit in London weilende Schiffskommission hat mit der Kommission der Verbündeten ein Abkommen dahin getroffen, daß von den nach dem Friedensvertrag abzuliefernden Fischereidampfern zunächst nur diejenigen ausgeliefert werden, die im Reichsbesitz sind. Für die übrigen sollen neue Schiffe gebaut sowie Material zum Fischereibedarf geliefert werden. (Die im Privatbesitz befindlichen Fischereidampfer wären demnach nicht auszuliefern.)

### Ungarn wendet sich an Amerika.

Budapest, 14. Mai. Die Vereinigung zur Erhaltung des Staatsgebiets beschloß, einen Aufruf an das Volk der Vereinigten Staaten zu richten, in dem um die Unterstützung gegen die im Friedensvertrag verlangte Abtretung der ungarischen Staatsgebiete gebeten wird.

### Der Aufstand in Mexiko.

Paris, 14. Mai. Havas berichtet aus El Paso, ein Telegramm des Generals Oregon melde, daß die den Präsidenten Carranza auf seiner Flucht begleitenden Beamten im Verlauf eines Gefechts bei Ayam getötet worden seien.

### Der Streit in Frankreich.

Paris, 14. Mai. Die Arbeiter der Pariser Elektrizitätsgesellschaft haben die Arbeit wieder aufgenommen.

### Das Kabinett Karolyi im Anklagezustand.

Budapest, 14. Mai. Bei Beratung des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes in der Nationalversammlung forderte der gewesene Minister Szterenyi, daß die Mitglieder der früheren demokratischen Regierung Karolyi von den ordentlichen Berichten zur Verantwortung gezogen werden, da sie eine gesetzwidrige Regierung gebildet haben. Hierbei kam es zu stürmischen Königstreuen Kundgebungen der Christlichnationalen. Die Vorlage wurde angenommen.

### Ministerrat über die Lage in Irland.

London, 14. Mai. In einem Kabinettsrat, dem der Vizekönig Lord French, der Oberkommandierende in Irland Mac Ready und der Chef des Generalstabs General Wilson teilnahmen, wurde die ernste Lage in Irland besprochen. Nach dem „Evening Standard“ sind neuerdings wieder in Irland mehr als 50 Gendarmen-Kasernen und 20 Steuerämter angegriffen und teilweise vernichtet worden. Auch verschiedene Gerichtshäuser wurden angegriffen.

### England triumphiert.

London, 14. Mai. (Reuter.) Bei einem Essen des Verbands britischer Bankiers in London sagte Staatssekretär Chamberlain: Wir haben mit Vorgen ausgehört und mit der Rückzahlung angefangen. Unser Kredit steigt. Wenn die nötigen Opfer gebracht werden, müssen wir triumphieren und uns stärker denn je emporheben. Die gegenwärtige Zeit ist verheißungsvoll. Jedes Opfer wird unsere Zukunft sichern und unseren Kredit festigen.

### Gestohlene Dokumente.

Rom, 14. Mai. Die Mailänder Zeitungen melden, daß dem schwedischen diplomatischen Kurier ein Koffer mit wichtigen Dokumenten, darunter die Korrespondenz der schwedischen Gesandtschaft in Konstantinopel, entwendet worden ist.

Rom, 14. Mai. Der König hat sich wegen der Ministerkrisis mit Nitti, Tittoni und Orlando besprochen.

### Räumung Frankfurts?

Paris, 14. Mai. Die „Chicago Tribune“ meldet, die französischen Truppen werden am 17. oder 18. Mai Frankfurt räumen, wenn die Nachprüfung die verlangte Räumung des Ruhrgebiets durch die Reichswehr bestätigen sollte. (Die Meldung ist vorerst mit Vorsicht anzunehmen.)

### Eisenbahnerrat in Frankreich.

Paris, 14. Mai. Der Minister der öffentlichen Arbeiten wird der Kammer am Dienstag einen Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Verwaltung der französischen Eisenbahn zugehen lassen. Danach ist ein Obererrat der Eisenbahn vorzusehen, der aus 21 Vertretern

der Direktion und 24 Vertretern aus dem Volk bestehen soll.

### Neues Ministerium Nitti?

Basel, 14. Mai. Römischen Meldungen zufolge soll Nitti vom König wieder mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werden, in das Mitglieder der katholischen Volkspartei aufgenommen würden. Die auswärtige Politik Italiens sollte keine Aenderung erfahren.

### Eine schwedische Stimme über die schwarzen Franzosen.

Stockholm, 14. Mai. „Svenska Dagbladet“ nimmt in einem Leitartikel Stellung zur Verwendung schwarzer Truppen im besetzten deutschen Gebiet und führt aus: Nicht genug war es, daß die Bevölkerung in den besetzten Gebieten afrikanischer Bestialität ausgeliefert ist, nicht genug damit, daß dies mit offener Kaltblütigkeit von Seiten der französischen verantwortlichen Instanzen geschieht — es geschieht nicht im Namen des Kriegs, sondern im Namen des Friedens. Es scheint, als ob die einstimmige schwedische öffentliche Meinung den Ausdruck in Hinwendung auf den Völkerbund finden kann und soll, zumal da Deutschland für sich selbst nicht an jenes Forum appellieren kann, das jetzt die gemeinsamen Interessen der Menschlichkeit vertreten soll. Für einen solchen Schritt hat nicht nur die schwedische Regierung die vollkommen einige Volksmeinung hinter sich, sondern Schweden wird dabei auch die Unterstützung der allgemeinen Weltmeinung finden.

### Das englische Kapital in Nordpersien.

London, 14. Mai. Hier ist nach Verhandlungen mit der Regierung eine Nordpersische Delgesellschaft unter Mitwirkung der bereits bestehenden Englisch-Persischen Delgesellschaft gegründet worden. (Nordpersien war in dem englischen-russischen Geheimvertrag als russische „Interessensphäre“ anerkannt worden.)

Berlin, 14. Mai. Die Urteile der Kriegsgerichte im Ruhrgebiet werden durch eine Zivilkommission der Reichsregierung und der preussischen Regierung nachgeprüft und großenteils abgeändert werden.

Paris, 14. Mai. Nach einem in London aufgefundenen Funkspruch aus Moskau ist der Friedensvertrag zwischen den Sowjets und der Republik Georgien unterzeichnet worden.

Paris, 14. Mai. Der „Temps“ veröffentlicht einen halbamtlichen scharfen Artikel gegen die englische Politik in der Türkei. England und die Türkei seien im geheimen Einverständnis. Es sei unbegreiflich, warum der Hauptangriff der Türken sich gegen die Franzosen in Cilicien richtete.

Washington, 14. Mai. Auf Vorschlag Lodge ist aus der Entschließung der Republikaner der Satz gestrichen worden, der Wilson auffordert, Sonderfriedensverhandlungen mit Deutschland einzuleiten.

### Erster württ. Städtetag.

1.

Stuttgart, 14. Mai.

Im großen Rathausaal fand heute der erste württ. Städtetag statt, zu dem die Vorstände der mittleren und größeren Städte vollständig erschienen waren. Oberbürgermeister Lautenschlager als Vorstand dieser Vereinigung begrüßte die Erschienenen, besonders die Gäste. Bisher war der Städtetag eine lose Verbindung, jetzt soll er eine geschlossene Organisation zur Vertretung der Stadtgemeinden, zur Wahrung ihrer Selbstverwaltung und ihrer Interessen werden. Auch die gewählten Vertreter der Gemeinden sollen an der gemeinschaftlichen Arbeit teilnehmen. Der Staat müsse den Städtetag als gemeinsames Organ der Stadtverwaltungen anerkennen. Finanzminister A. Jüngling führte etwa aus: In gemeinsamer Beratung soll an der Lösung der Aufgaben der Städte und des Staates gearbeitet werden. Die dringenden finanziellen Aufgaben haben beide zusammengeführt. Die Finanznot sei so ungeheuer, daß der größte Teil der Bevölkerung, auch ein großer Teil der staatlichen und städtischen Verwaltungen noch keine Ahnung haben, worüber wir daran sind. Die Zeit sei vorbei, wo Staat und Gemeinde wetteiferten, möglichst viele Aufgaben zu lösen. Auch die augenblicklich günstige Konjunktur in der Industrie gehe vorüber, die Zahl der Reichswehr werde bald sehr klein sein. Die neue Befolungsordnung werde auch ihre Wirkung auf die Gemeinden haben. Die Lehrer kommen ins Beamtenverhältnis und damit in die Gehaltsordnung, das bedeute die kommende Neuregelung der Volksschulasten zwischen Staat und Gemeinde.

Was jetzt gearbeitet werde, sei bestimmend für das Schicksal Deutschlands.

Rechtsrat Dr. Frank erstattete einen Bericht über die Finanzlage der Städte. Eine gezielte Lastenverteilung ist auch zwischen Land und Gemeinden notwendig. Die Zuweisung weiterer staatlicher Aufgaben an die Gemeinden muß vermieden werden. Wo sie sich nicht umgehen läßt, hat der Staat die Kosten zu übernehmen. Soweit die Gemeinden bereits staatliche Aufgaben besorgen, sind sie zu entschädigen. Der im Landessteuergesetz den Gemeinden gewährleistete Anteil an der Einkommens- und Körperschaftsteuer ist ungenügend. Die Vermögenssteuer beansprucht die Gemeinden ganz, von dem Anteil des Staats an der Grunderwerbsteuer einen Teil. Eine zeitgemäße Umgestaltung der Katastersteuer ist in die Wege zu leiten, ebenso eine sofortige Erhöhung der Grund-, Gebäude und Gewerbesteuer durchzuführen.

### Ev. Landeskirchenversammlung.

ep. Stuttgart, 12. Mai. In der bedeutungsvollen Mittwochssitzung wurde die erste Lesung des Kirchenverfassungsprojektes zum Abschluß gebracht. Der Kirchenpräsident soll von der Landeskirchenversammlung gewählt werden.

Dann folgte die Verhandlung über §§ 1 und 15 (Glaubensgrundlage der Kirche und Gelübde der Landeskirchentag-Mitglieder), die in einem Sonderauschuß vorbereitet worden waren. Es waren zwei Berichterstatter aufgestellt. Abg. D. Holzinger ver kündigte den Beschluß des Ausschusses, den § 1 folgendermaßen zu fassen:

„Die evangelisch-lutherische Kirche in Württemberg, getreu dem Erbe der Väter, steht auf dem in der Heiligen Schrift gegebenen, in den Bekenntnissen der Reformation bezogenen Evangelium von Jesus Christus, unserem Herrn. Dieses Evangelium ist für die Arbeit und Gemeinschaft der Kirche unantastbare Grundlage.“

Für die Gruppe I gab Abg. Reiff die Erklärung ab, daß sie der vorgeschlagenen Fassung des § 1 zustimmen geleitet von dem Wunsch, in der gegenwärtigen Verwirrung unseres Volks nach Möglichkeit für die Einheit der Kirche einzutreten. Der Verzicht auf eine genaue inhaltliche Erklärung bezüglich der Heilstatfaden nach ihrem Kern und Stern geschah mit Rücksicht auf § 22, der das Bekenntnis von den Gegenständen der Gesetzgebung ausschließt, und in der Erwägung, daß die besondere Hervorhebung besonders wichtiger Stücke des Bekenntnisses den Anschein erwecken könnte, als würde auf andere weniger Wert gelegt. Der Verzicht ist der Gruppe I aber nur dadurch möglich geworden, daß in der vorliegenden Fassung die Bekenntnisse der Reformation, besonders des kleinen lutherischen Katechismus ausdrücklich genannt sind. Den Glaubensstand des apostolischen Bekenntnisses samt Luthers Erklärungen im 2. Hauptstück des Katechismus sieht die Gruppe I daher gewahrt und geschützt durch die Erklärung, daß das Evangelium in diesem Sinne für die Arbeit und Gemeinschaft der Kirche unantastbare Grundlage sein soll. Sie erwartet, daß seitens des Kirchenregiments künftig Angriffe auf den Bekenntnisstand in Kirche und Schule mit aller Entschiedenheit abgewehrt werden.

Nachdem der Abg. Bollmer für eine kleine Minderheit (2 Abgeordnete) die Gründe dargelegt hatte, die ihnen die Zustimmung verwehren, und der Abg. D. Schoell namens der Gruppe II die einstimmige Zustimmung erklärt hatte, wird der Antrag des Ausschusses mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. Die Zustimmung der Kirchenregierung zu diesem Beschluß wird von Prälat Stahldecker erklärt. — § 15 (Gelübdevorschlag) wird einstimmig nach dem Ausschlußvorschlag angenommen:

„Ich gelobe vor Gott, daß ich als Mitglied des Landeskirchentags in Treue gegen das Evangelium, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und in den Bekenntnissen der Reformation bezeugt ist, die Ehre Gottes und das Heil der Seelen unverrückt im Auge behalten, die Verfassung der Kirche gewissenhaft wahren und nach bestem Wissen ihr Wohl suchen werde.“

Nächste Beratung 18. Mai.

### Württemberg.

Stuttgart, 14. Mai. (Die Reichstagskandidaten der Zentrumsparthei.) Auf dem heutigen Zentrumspartheitag wurde der frühere Reichsfinanzminister Erzberger mit 356 gegen 27 Stimmen und 3 Enthaltungen wieder als Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt. An aussichtsreicher Stelle folgen sodann auf der

## Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

(Fortsetzung.)

29

Schließlich war sie froh genug, um einzusehen, daß all dies Utopien waren, die nie zur Ausführung kommen würden. Auch hätte sie sich in Wirklichkeit kaum entschließen können, auf den Stuhl des Königs zu gehen, um sich einen reichen Mann zu angeln. Denn sie liebte ja Norbert v. Achenbach, den schönen, glänzenden Leutnant. Und — sie weiß: sie wird von ihm wiedergeliebt! Diese Liebe ist das edelste, reinste und unmelancholischste Gefühl in dem Herzen der jungen Halbfranzösin. Es hält die Fehler in ihrem Charakter in Schach: Leichtgläubigkeit, Gesalbfucht, Verstellungskunst, ja einen stark ausgeprägten Hang zum Intrigüieren und zur Bosheit. Norbert fest an sich zu fetten, ihn schließlich doch noch durch ihre blendenden äußeren Vorzüge dazu zu bewegen, daß er sie heiratet — trotz ihrer Mittellosigkeit, ist das einzige Ziel im Leben Liselotte d'Estrees. Bisher waren ihr scheinbar ihre Künste gelungen, nie hatte Norbert auch nur das geringste Interesse an der Unterhaltung irgend einer der jungen Damen der Gesellschaft, außer der ihren, gezeigt.

Um so unangenehmer überrascht war sie, als sie ihn neulich bei Szaparys in ersticklich angeregtem Gespräch mit der „kleinen Wilden“ fand; als sie den freundlichen Blick sah, den er diesem ungebildeten, eben erst in der Gesellschaft aufgetauchten Geschöpf zuwarf, das sicher außer ihren Millionen keinen Vorzug besaß; als sie die herzlichen, an diese „Gans“ gerichteten Worte aus seinem Munde vernahm: „Ich danke Ihnen für die anregende Viertelstunde, die Sie mir geschenkt, mein

gnädiges Fräulein, und hoffe, recht bald wieder das Vergnügen zu haben.“

Wäre es möglich, daß er — Schon der Gedanke bringt das heiße Blut der Halbfranzösin in Wallung. Und sie nimmt sich vor, noch mehr aufzupassen als sonst.

Diese und ähnliche Gedanken wirbeln in dem Kopf der schönen Liselotte herum, als sie mechanisch die Blätter des Sittenromans umwendet, ohne zu lesen.

Da schrillt draußen die elektrische Glocke.

Liselotte fährt auf.

Himmel! Besuch? Und sie ist noch nicht einmal in Toilette!

Da stürzt auch schon das halbwüchsige Mädel, das die Frau Ministerialdirektor sich zur Hilfe hält, herein.

„Gnädiges Fräulein! Der Herr Leutnant v. Achenbach —“

Liselotte springt auf, streicht sich vor dem Spiegel über das kunstvoll frisierete Haar — jeden Morgen kommt die Friseurin, trotz der geringen Mittel der Damen —

zupft sich die Stirnlöcherchen zurecht, reißt einen blaueisenen Kimono aus dem Schrank, streift ihn sich rasch über, schlüpft in ein Paar goldgestickter, blauer Pantöffelchen, betupft die vor Erregung und Aerger brennenden Wangen mit einem zarten Hauch von Puder —

und nun hin mit Bindeseile nach dem Salon!

Norbert, der wartend am Fenster stand, kommt ihr bei ihrem Eintritt entgegen. Mit ihrem strahlendsten Lächeln, das zwei Gräbchen in ihre Wangen zaubert — „Amorettenpucknäpchen“ — nannte sie ein etwas schwärmerisch angehauchter Verehrer — reicht sie ihm beide Hände, die er an seine Lippen zieht.

Sie steht beruhend schön aus in dem weiten, mattblauen Seidenkimono, der die unergleichenen Far-

ben ihres Gesichts, das Rotgold ihrer Haare, das Schillern ihrer Augen, aufs vorteilhafteste hervorhebt.

Und ein leiser Seufzer entringt sich Norberts Brust.

„Wie nett, daß Sie sich wieder einmal bei uns sehen lassen!“ lächelt sie.

Doch das Lächeln erstickt auf ihren Lippen, als sie seine ernste Miene gewahrt. Erschrocken läßt sie sich in einen Sessel fallen, auf den Suhl neben sich deutend.

„Was ist los? Doch keine unangenehme Nachricht?“

Er zieht vor, stehen zu bleiben.

„Wie man es nehmen will, meine liebe Freundin.“

Sein Ton erschreckt sie noch mehr.

„Wie meinen Sie das? Ich verstehe nicht —“

Unschlüssig geht er ein paarmal im Zimmer auf und ab, indeß ihre Augen ihm unruhig folgen. Dann bleibt er in einiger Entfernung vor ihr stehen.

„Ich habe Ihnen etwas mitzuteilen“, beginnt er mit erzwungener Ruhe. „Es wird mir sehr, sehr schwer.“

Und ich möchte nur von Herzen hoffen, daß Sie nicht ebenso darunter leiden mögen, wie ich leide. Aber als Ehrenmann halte ich es für meine Pflicht, ganz offen zu sein.“

Sie hat sich in ihrem Sessel aufgerichtet und starrt ihn mit weitgeöffneten Augen an.

Er vermeidet ihren Blick und fährt fort:

„Ich war vor ein paar Tagen in Birkenfeld drau-“

ßen bei meinem alten Vater. Was ich da sah und hörte, hat mich aufs tiefste bewegt. Liselotte, geliebte, teure Freundin —“ er tritt dicht an sie heran und legt die Hand auf ihren Arm — „wir stehen vor dem Ruin.“

Sie zuckt zusammen. So schlimm hat sie es sich nicht gedacht.



gewerblichen. — Abg. Freudenberg (Dem.) wendet sich gegen die Verordnung, durch die von der Ausfuhr eine Abgabe von 5 bis 6 Prozent erhoben wird. Die Pforzheimer Industrie werde besonders davon betroffen. — Abg. Schöpffe (Dntl.): Dem Handel sollte man mehr Freiheit gewähren, auch dem Kleinhandel beim Handel mit Zucker. — Minister Kemmle: Die Zahl der Angestellten des Landespreisausschusses soll abgebaut werden. Gegen die Abgabe von der Ausfuhr könne man grundsätzlich nichts einwenden. — Abg. Habermehl (D.nal.): Die Pforzheimer Industrie bringe große finanzielle Opfer. Die ausländische Konkurrenz sei bereits sehr erstickt. Wenn die badische Regierung nichts für die Industrie tun wolle, so müssen wir zur Selbsthilfe kommen und eine Arbeitgebergewerkschaft errichten. — Abg. Odenwald (Dem.) bezeichnet eine Steuer auf Valutagewinne als nicht gut möglich, wenn es Valutaverluste gibt.

Zur Fleischversorgung teilt Oberregierungsrat Fehsenmeier mit, daß 9027 Stück Großvieh hätten abgeliefert werden sollen. Es seien aber nur 3255 Stück oder 38 Prozent abgeliefert worden. In Baden sind 160 000 Kilo Speck und 200 000 Kilo Büchsenfleisch neuerdings zugeteilt worden. — Minister Kemmle erklärt, die Gemeinde Föhlingen habe nicht 8, sondern 1000 Zentner Kartoffeln abgeliefert, ehe das Militär eingeschritten sei. Wäre das bekannt gewesen, so wäre das Militär nicht aufgebunden worden. Die Schuld treffe den Kommunalverband Durlach-Land, der deshalb die Hälfte der Kosten übernehmen soll. Das Haus erledigt den Rest des Staatshaushalts. — Nächste Sitzung Montag nachm. 4 Uhr.

Die neue Befoldungsordnung wird am Montag dem Landtag vorgelegt werden. Der Entwurf wird zunächst einem Ausschuss zur Vorbereitung übergeben werden.

## Baden.

**Karlsruhe, 14. Mai.** Auf Grund eines Vorentwurfs des Wasserkraftbüros Dr. Ing. Adolf Ludi in beauftragte der Stadtrat das Bürgermeisteramt, Schritte zu unternehmen und Verhandlungen zu führen mit dem Ziele, die Konzession zur Ausnutzung der Wasserkraft der Alb zwischen Frauenalb und Fischweier für die Stadt zu erwerben.

**Karlsruhe, 14. Mai.** Am Mittwoch nachmittag hielt der neugegründete Bad. Lehrerbund eine Versammlung, die sich mit dem (bereits gemeldeten) Austritt aus dem Bad. Beamtenbund befaßte. Der Lehrerbund verlangte, daß die Volksschullehrer in die Gruppe 8, die besonders vorgebildeten Lehrer (Reallehrer, Musiklehrer usw.) in Gruppe 9 und die Philologen in Gruppe 10 der neuen Befoldungsordnung aufgenommen würden.

**Mannheim, 14. Mai.** Das Reichsauswanderungsamt hat den früheren Auslandspfarrer Wettstein als Vorstand der Hilfs- und Beratungstelle für Auslandsdeutsche in Mannheim zu seinem Beauftragten berufen und mit der Leitung der amtlichen öffentlichen Auskunftsstelle für deutsche Aus-, Rück- und Einwanderer für Baden (Zweigstelle des Reichsauswanderungsamts in Mannheim) betraut. Das Geschäftszimmer ist im Schloß, östl. Flügel, neben der Gemäldegalerie, die Sprechzeit vormittags 10—12 Uhr.

**Mannheim, 14. Mai.** Wegen angeblich schlechter Behandlung von Kriegsgefangenen mußte sich vor dem französischen Kriegsgericht in Landau der Buchhalter bei der Firma Grünzweig u. Hartmann in Ludwigshafen, Peter Demmerle, verantworten. Die Anklage warf ihm vor, in den Jahren 1917 und 1918 Kriegsgefangene, die bei der Firma beschäftigt waren, schlecht behandelt zu haben. Demmerle wurde zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und zu einer Geldstrafe von 200 Franken verurteilt.

Zum Bau von französischen Kasernen für die Besatzungstruppen wurden in Ludwigshafen 81 000 Quadratmeter enteignet werden.

**Mannheim, 14. Mai.** Im katholischen Pfarrhaus zu Ludwigshafen-Mundenheim wurde eingebrochen und eine Anzahl silberne Bekende zwei silberne Damenuhren, zwei goldene Granatkreuze, Kleidungsstücke, etwa 50 Flaschen Rotwein und 300 Mk. in Gold und 200 Mk. Papiergeld entwendet. Die gestohlenen Sachen haben einen Gesamtwert von 16 000 Mk.

**Ludwigshafen, 14. Mai.** Auf die Anzeige einer entlassenen Verkäuferin hin wurden bei einigen Schuhhandlungen über 3000 Paar Schuhe beschlagnahmt, die sich zum Teil in eingemauerten Verstecken befanden und für Wucherpreise eingelagert waren. Die Schuhe sollen an die minderbemittelte Bevölkerung zu billigen Preisen abgegeben werden.

**Freiburg, 14. Mai.** Der Verband kath. Kirchenmusiker mit 650 Mitgliedern erklärt, daß er seine Forderungen nur im Benehmen mit der zuständigen Behörde, dem Erzbisch. Ordinariat, regeln wolle. Mit dem Vorgehen von Nichtmitgliedern mit Streikandrohung habe der Verband nichts zu tun.

**Vörrach, 14. Mai.** Da die Schreinermeister die Forderungen der Gehilfen nach einer Grenzauflage ablehnten, sind die Gehilfen in den Streik getreten.

**Salem, 14. Mai.** Mit dem Verkaufe von Markgräflichen Liegenschaften in Weildorf und Bernatingen soll in den nächsten Tagen begonnen werden.

**Langenargen, 14. Mai.** (Beizwache!) Zum Preis von 350 000 Mk. ist die Kunstmühle von Gebrüder Müller, Eigentum der Frau Kommerzienrat Eibler in Lindau, an einen Schweizer verkauft worden, der bisher als Obermüller in Schaffhausen tätig war.

## Vermischtes.

Eine 109-jährige. Die älteste Bewohnerin der Stadt Merzweiler, Katharine Kappes, ist im 100. Lebensjahre gestorben.

Eine halbe Million beschlagnahmt. In einer Auktionshalle in der Kronenstrasse in Berlin wurden für eine halbe Million

rotgestempelte Tausendmarknoten, die von Schiebern an einen Käufer mit einem Aufschlag von 40 Mark für das Stück ausgelegt werden sollten, beschlagnahmt. Die Schleichhändler wurden verhaftet.

**Vergiftung.** Der Fabrikarbeiter Berner und seine Frau in Berlin töteten sich und ihre vier Kinder mit Gas. Berner sollte wegen verschiedener Verfehlungen verhaftet werden.

**Ersttöteter Verbrecher.** Der aus dem Zuchthaus entprungene schwere Verbrecher Schröder wurde in Danzig von Polizeibeamten erkannt und sollte verhaftet werden. Er schoß einen der Beamten, wurde aber selbst von dem zweiten Beamten durch einen Schuß tödlich verletzt.

**Elbbrunnengel.** In einem von Stettin nach Frankreich abgehenden Viehwagen wurden Silberbarren im Gesamtgewicht von 400 Kilogramm und im Wert von 800 000 Mk. beschlagnahmt. Das Silber stammt aus Deutschland und war von zwei Franzosen, die in dienstlichem Auftrag den Viehtransport nach Frankreich zu geleiten hatten, aufgehoben worden. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

56 Millionen Soldaten. Das Bulletin der Studienstiftung für soziale Folgen des Kriegs hat die Zahl der während des Kriegs mobilisierten Soldaten im Alter von 20—45 Jahren zusammengestellt. Danach sind in Europa allein (also unter Ausschluß von Amerika, Japan und den Kolonien) bis Mitte 1918 rund 56 Millionen Männer zum Heredienst einberufen worden, und zwar in Deutschland 11 Millionen, Österreich-Ungarn 7 Millionen, Rußland 15 Millionen, Frankreich 7 Millionen, England 6 Millionen, Italien 5 Millionen, Belgien 800 000, Serbien 757 000, Bulgarien 600 000; ganz abgesehen von den kleinen Staaten Montenegro, Griechenland und Portugal. Von diesen 56 Millionen sind fast 10 Millionen gefallen.

## Sport.

**Fußballsport.** Das am Himmelfahrtsfest in Pforzheim ausgetragene Länderspiel Süddeutschland—Ungarn endete mit einem knappen Sieg Ungarns 1:0. Die ungarische Mannschaft war in bestechender Form, während die süddeutsche Elf sich schlecht zusammenfand. Dem sicheren Spiel des süddeutschen Torhüters Pöhrmann ist es zu danken, daß Süddeutschland vor einer größeren Niederlage verschont blieb. Dem Spiel wohnten mehr als 15 000 Zuschauer bei. F.

**Drahtlose Fernsprechversuche Berlin—Konstanz.** Seit einiger Zeit werden auf der Konstanz Station drahtlose Fernsprechversuche mit Berlin unternommen. Die Station ist nur als Empfangsstation für Gespräche eingerichtet, während sie für den drahtlosen Telegrammverkehr auch Sendestation ist. Die Fernsprechversuche sind bisher zur Zufriedenheit verlaufen. Davon konnte ein Mitglied der „Konstanzer Zeitung“ sich überzeugen, der an einem Apparat mithörte und die Meldung kenographisch aufnahm. Laut und deutlich war für den Gehörten die Sprache der Gehenden in Königswinterhausen bei Berlin vernnehmbar. Die Gespräche, wie sie jetzt gelingen, würden noch nicht für einen ständigen Dienst, z. B. für Zeitungen, genügen, da sie von äußeren Einflüssen noch zu sehr abhängig sind. Die Versuche werden fortgesetzt.

Die ersten Kirchen wurden in Ruhbach im Renchial (bad. Schwarzwald) gepflückt. In Frühjahrsen ist eine Vollernie zu erwarten.



Die neue Villa Kaiserin Wilhelmina in Doorn (Holland)

## Lozales.

— **Das Goldgeld** wird bei Zollzahlungen noch immer mit einem Aufgeld von 900 Proz. angenommen, ein 20 Mark-Stück gilt also 200 Mark in Papier. Für die Silbermark bezahlt die Reichsbank, wie berichtet, nur noch 5 Mark, also ein Aufgeld von 400 Prozent auf den Nennwert. Da aber das Silbergeld vor dem Krieg fast 50 Prozent über seinem eigentlichen Metallwert im Nennwert stand, so ergibt sich selbst bei dem Preis von 5 Mk. noch immer eine Wertsteigerung des Silbers von etwa 900 Proz. gegen den Metallpreis von 1914.

— **Ausfuhrerleichterung für beschlagnahmte Möbel aus Elb-Lothringen.** Frankreich hat jetzt verschiedene Erleichterungen für die Ausfuhr der beschlagnahmten Mobilien der aus Elb-Lothringen Ausgewiesenen zugestanden. Anträge um Aufhebung der Beschlagnahme oder um Ausfuhrerlaubnis sind an die Deutsche Möbelausfuhrkommission in Kehl zu richten.

— **Zur Entlohnung der Ausbeiser** hat das Ministerium des Innern bestimmt, daß sämtliche ausschließliche Angestellte als Vorbehalt auf die Säge des in Bälde in Kraft tretenden Reichslohntarifs rückwirkend auf 1. April 1920 einen Zuschlag von 150—250 Mk. je nach den Ortsklassen erhalten.

— **Neue Höchstpreise für Milch und Butter.** Das Ministerium des Innern hat mit Wirkung vom 1. Juni 1920 an den Erzeugerhöchstpreis für einen Liter Milch auf 1,20 Mk. und für einen Liter Mager- oder Buttermilch auf 60 Pfg. einheitlich für das ganze Land festgesetzt. Wird von einer Milchabfab- oder Molkereigenossenschaft besonders behandelte Milch von guter Beschaffenheit abgeliefert in einer Menge von mindestens 80 Proz. des Gemeindefolks, so ist ein Zuschlag von drei Pfennig zu gewähren. Für Vorzugsmilch können die Kommunalverbände einen höheren Preis festsetzen. Der Höchstpreis für Butter beträgt: für ein Pfd. Süßrahmtafelbutter 12 Mk. für sonstige Butter 10,50 Mk., für Butterschmalz 12,50 Mk.

— **Die Zündholznot.** Wie die „Drogistenzeitung“ meldet, beabsichtigt die Reichsregierung die Bildung eines Zwangsindikats, das alle deutschen Zündholzfabriken und die Einfuhrgeschäfte von schwedischen Waren umfassen soll. Die durch die schwedische Einfuhr bedingte Valutaschuld soll zu etwa einem Drittel bei dem Rwanas-

sich ungefähr 50 Weingärtner in die angegebene Liste ein. Als Vorsitzender der Genossenschaft wurde Stadtschultheiß Lamparter gewählt.

**Kalen, 14. Mai.** (Festgenommen.) Der Gerbergeselle Wilhelm Ulrich, der Leder im Wert von 15 000 Mk. hier gestohlen hat, ist festgenommen worden.

**Mlm, 14. Mai.** (14 Jahre Zuchthaus.) Der russische Kriegsgefangene Nowojelow hat am zweiten Weihnachtstag im Armenhaus zu Gutenzell bei Biberach die betagten Tagelöhnerseheleute Moriz überfallen und die Frau durch zahlreiche Messerstiche getötet, den Mann so schwer verletzt, daß er dauernd arbeitsunfähig ist. Die Bestie wurde zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt.

**Mlm, 14. Mai.** (Geiprenge Wahlversammlung.) Eine von der Bürgerpartei einberufene Wahlversammlung, in der Abg. Bazille über Deutschland und die Weltrevolution sprach, ist von den Linkstra dikalen g'sprengt worden. Ein Kriegsblinder wurde von ihnen mißhandelt.

**Obingen, 14. Mai.** (Haufmanns Kandidatur.) Konrad Haufmann wird wieder im 18. Landtagswahlkreis Balingen-Hoh-Rottenburg kandidieren.

**Schwenningen, 14. Mai.** (Arbeitslos.) Am Montag ist hier der Strom vom Kraftwerk in Lauffenburg ausgeblieben. Die Folge war eine unwillkürliche Arbeitslosigkeit.

**Überachen** M Stuttgart, 15. Mai (Milchpreis) In Anbetracht der hohen Preissteigerung fängt über landwirtschaftlicher Bedarfsartikel, in der hiesigen landwirtschaftliche Ortsverein beim Amtsoberamt Stuttgart um Erhöhung des Milchpreises auf 1,20 Mk. per Liter eingekommen.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 14. Mai.

Das Haus setzte am Mittwoch die Beratung des Staatsvoranschlags bei Titel Förderung der Landwirtschaft fort. Abg. Karl (D.Nal.): Wenn das Halten von Diensthunden auf dem Lande zurückgeht, wird auch die landwirtschaftliche Produktion geringer werden. Der Garten- und Gemüsebau muß gefördert werden. Dazu wäre eine staatliche Gartenbauschule notwendig, die nach Schweningen gelegt werden könnte. Abg. Belzer (Ztr.) verlangt, man solle die Ergebnisse der Reberedelung der Allgemeinheit zugänglich machen. Regierungsrat Dr. Cronenberger erklärte, dieser Forderung stehe das Reblausgesetz entgegen. — Abg. Freiherr v. Gleichenstein dankte der Regierung für die Errichtung des Weinbauinstituts in Freiburg. Der Antrag auf Genehmigung eines Zuschusses von 500 000 Mk. an die Landwirtschaftskammer, sobald diese eine Uebersicht ihrer Vermögenslage gibt und der Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für künstlichen Dünger für die Landwirtschaft wurden der Regierung empfehlend überwiesen. — Abg. Heßlerich (Ztr.) bringt Klagen des Kleinhandels vor und wandte sich gegen die Konfessionsvereine. — Minister Kemmle erwiderte, die Regierung werde den Konfessionsvereinen ebenso neutral gegenüberstehen, wie den ländlichen und den

Indikat untergebracht werden. Durch diese Maßnahmen hofft die Regierung den Mangel an Ware und den Schleichhandel zu beseitigen.

**Ostfriesische Milchschafe.** Während des Kriegs hat man bei immer größerem Mangel an Milch und Wolle nach allen möglichen Aus Hilfsmitteln gesucht, insbesondere hat man auch das ostfriesische Milchschaf empfohlen. Das ostfriesische Milchschaf ist aber das anspruchsvollste Haustier, das wir kennen. Dies ist auch nicht zu verwundern, wenn man von einem Tier gleichzeitig Milch, Fleisch und Wolle verlangt. Aber auch in Bezug auf Behandlung geht es von seinem Anspruch auf eine freie fette Weide nicht ab. Alle Sachverständigen sind sich darin einig, daß man mit der Haltung einer Milchziege und eines gewöhnlichen Landschafs in Bezug auf Milch und Wolle weiterkommt, als mit der Haltung des ostfriesischen Milchschafs. Abgesehen von dem außerordentlich hohen Anschaffungspreis wird der Anfänger — und nur um solche handelt es sich meistens bei den Bestellern von Milchschafen — bald sehr schlechte Erfahrungen machen. Jedenfalls hat die Badische Landwirtschaftskammer mit der Einführung ostfriesischer Milchschafe nichts zu tun, sie gibt hierzu keinerlei Zuschüsse und kann von der Verfertigung ostfriesischer Milchschafe in unsere Verhältnisse nur abraten.

**Weinernte 1919.** Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts stellt sich der Mostertrag 1919 auf 1 741 255 Hl. gegen 2 249 908 Hl. 1918 und 824 808 Hl. 1913. Der durchschnittliche Vektarertrag belief sich auf 25,2 Hl. gegen 32,6 Hl. bzw. 10,4 Hl. Die geerntete Weinmenge hatte einen Wert von 1 114 992 007 Mk. (665 002 694 bzw. 41 941 033 Mk.). Der durchschnittliche Preis für 1 Hl. Most belief sich auf 640,3 Mk. (291,1 Mk. bzw. 50,3 Mk.).

**Preissturz der Hülsenfrüchte.** Aus Sachsen meldet die „D. Allg. Ztg.“, daß der starke Preisrückgang der Hülsenfrüchte sich fortsetzt.

**Verbot der Schafwäshe.** Mit Rücksicht auf die starke Verbreitung der Maul- und Klauenseuche ist die gemeinschaftliche Benutzung von Schafwäschern vom Ministerium des Innern in Württemberg verboten und das Treiben von Schafherden zu und von den Schafwäschern beschränkt worden. Die Wolle wird demgemäß von den Schafhaltern ungewaschen verkauft werden müssen.

**Der Silberpreis.** Die Reichsbank hat den Ankaufspreis für Silbermünzen von 5 auf 4 Papiermark für die Silbermark herabgesetzt; für alte Taler werden 13 Mark (bisher 16,50 Mark) bezahlt.

**Trockener Sommer in Sicht.** Eine alte Wetterregel sagt: Grün die Fische vor der Fische, hält der Sommer große Bleiche, grün die Fische vor der Fische, hält der Sommer große Wäshe. In diesem Sommer trifft letzteres zu. Demnach hätten wir einen trockenen Sommer zu erwarten.

**Die Heimkehr unserer Ostsibirier.** Wie die Reichszentralstelle Berlin mitteilt, sind aus Ostsibirien, Wladiwostok, bis jetzt drei Transporte mit Kriegsgefangenen in See gegangen: 1) am 31. März der Dampfer „Scotland Maru“ mit 1014 Gefangenen aus den Lagern Perwaja Rjesska und Krasnojarsk (etwa 20 Flüchtlinge); 2) am 20. April „Capetown Maru“ mit ca. 700 deutschen Kriegsgefangenen; diese beiden Dampfer fahren über Shanghai—Port Said nach Hamburg, Ankunft von „Scotland Maru“ etwa Ende Mai, Ankunft von „Capetown Maru“ ungefähr Mitte Juni. 3) Seit 13. April ist der amerikanische Dampfer „Mount Vernon“, der außer Oesterreichern 397 deutsche Gefangene an Bord hat, unterwegs mit dem Bestimmungsort Triest. Es sind nunmehr nur noch etwa 400 Gefangene östlich des Baikals zurückgeblieben. Ferner ist es der deutschen Fährkommission Wladiwostok gelungen, nun auch Verbindung mit Mittelsibirien aufzunehmen und den weiter rückwärts liegenden Lagern, zunächst Ir-

kutsk, den Weg zur Küste (Wladiwostok) frei zu machen, wo Mitte Juni bzw. Juli die Dampfer „Ane Maru“ und „Naukei Maru“ zur Heimbeförderung bereit liegen.

**Erhöhung der Entschädigung für Ablieferungspferde.** Die Ankaufspreise für abzuliefernde Zuchtpferde sind vom Reichslandwirtschaftsministerium auf die vielen Beschwerden hin folgendermaßen festgesetzt worden: 1½-jährige Stutfohlen 14 000 Mk., 2½-jähr. Stutfohlen 18 000 Mk., 3-jährige und ältere Stuten durchschnittlich 25 000 Mk., für mittelgute Tiere 20 000 Mk. Grundpreis, für gute Tiere auch über 25 000 Mk. Für bisher abgelieferte Pferde wird Nachzahlung geleistet.

**Neue Postmarken.** Infolge der Gebührenerhöhung ist der Verbrauch der Marken zu 30, 40, 50 und 80 Pfennig so groß, daß diese Marken, um die Herstellung zu beschleunigen, nicht mehr zweifarbig, sondern einfarbig ausgeführt werden sollen. Da nach den Bestimmungen des Weltpostvertrags die 20-, 40- und 80-Pfennig-Marken grün, rot und blau werden müssen, also mit anderen bisher vorhandenen Werten farblich zusammenfallen würden, ist im wesentlichen eine Farbenänderung der ganzen Reihe erforderlich geworden. Mit dem Erscheinen der Marken ist in etwa 4 Wochen zu rechnen. Die neuen preisgekrönten Marken werden zurzeit von den Künstlern entsprechend den Anregungen des Preisgerichts vervollkommen und zum Erzielen einer gewissen Einheitlichkeit umgearbeitet. Die ersten Marken, zunächst die hohen Werte, werden voraussichtlich in zwei bis drei Monaten erscheinen können.

Es wird darauf hingewiesen, daß im Verkehr mit der tschecho-slowakischen Republik für Briefsendungen jeder Art mit alleiniger Ausnahme der offenen Blindenschriftsendungen die Gebührensätze des Weltpostvereins gelten. Die Freigebühr für Briefe bis zu 20 Gramm beträgt also jetzt 80 Pfennig und für jede weiteren 20 Gramm 60 Pfennig. Postkarten unterliegen einer Gebühr von 40 Pfennig.

**Auslands-Antwortbriefe.** Der Verkaufspreis der Antwortscheine für das Ausland, die zur Zahlung der Gebühr für einen Antwortbrief vom Ausland bei den Postanstalten bereit gehalten werden, ist vom 15. Mai ds. Js. an von 5 Mark auf 3 Mark für das Stück ermäßigt worden.

**Die Bündholzpreise.** Allmählich sind wir wieder in einen ganz artigen Bündholz-Wucher hineingeraten. Die Kleinverkäufer sagen, die Ware werde vom Großhandel zurückgehalten, um höhere Preise herauszuschlagen. Es hält schwer, Bündholzer zu dem „amtlichen“ Höchstpreis zu erhalten, der doch erst vor wenigen Wochen mit einer starken Preiserhöhung eingeführt worden ist. Gefälligkeitshalber muß man 40 und mehr Pfennig für die Schachtel anlegen, das heißt, ein einziges Bündholz kostet jetzt bald so viel wie früher eine ganze Schachtel mit 50 bis 60 Bündholzern. Aus den großen Städten hört man, daß besonders beim nächtlichen Straßenverkauf eine Mark für die Schachtel verlangt werde, in Berlin und Hamburg sogar 5 Mk. Das hamburgische Kriegsversorgungsamt hat daher Bündholzarten eingeführt und jeder Versorgungsberechtigte erhält einmalig auf eine Karte 2 Schachteln zu 35 Pf. Dem Käufer muß man aber möglichst durch Verbrauchseinschränkung begegnen. So schlimm wie früher, wo man den Verbrauch der Bündholzer für nichts achtete, ist es ja nicht mehr, der Verbrauch ist auch sehr stark zurückgegangen. So wurden in Deutschland 1916 noch 124 Milliarden Streichholzer verbraucht, 1917 105 Milliarden, 1918 97 Milliarden und seither ist der Verbrauch sicher noch mehr gefallen. Wenn es aber mit der Preissteigerung so weiter geht wie bei dem Druckpapier, dann wird man eben wieder zu dem altehrwürdigen Feuerstein und Zunder zurückgreifen.

sonstige Verwaltungsangelegenheiten und kleinere Gegenstände.

**Linden-Kabarett.** Endlich einmal etwas Neues für solche, die Wert auf gute Unterhaltung und feines Amüsement legen; ein Progr., das für Jeden und Jedes etwas bringt. Den Reigen des Abends eröffnet Ilse Florent als vorzügliche Vortragskünstlerin auf gefanglichem Gebiet. Max Voorgarts als Rezitator und Humorist folgt. Schöne Charakter- und Grotesk-Tänze voll Rhythmus zeigt Fr. Irlanda a Porten. Als Phänomen auf tanzlichem Gebiet ist die kleine Dita Marson anzusprechen. Almano Duo mit ihrem Sketch machen sehr guten Eindruck. Daß die Stimmung gut erhalten bleibt und das tiefere Gemüt nebenbei auch auf Rechnung kommt, dafür sorgt Lilli Tell als Humoristin im Frack und als Rezitatorin. Ein Besuch dieses noch jungen, aber aufstrebenden Unternehmens ist auf alle Fälle zu empfehlen, da wie schon gesagt, Jedes und Jeder auf die Rechnung kommt. S. F.

## Café Sonne Wildbad

- Konditorei - Konfitüren -



### Neu Eröffnet!

Der geehrten Einwohnerschaft von Wildbad und den titl. Kurgästen bestens empfohlen.

Separate Zimmer im I. Stock

**SPEZIALITÄT:**

Selbstgebackene Kuchen und Kleingebäck aus  
::: eigener Konditorei. :::

Lieferung ganzer Torten und Kuchen, Kaffee, Tee, Chocolate zu jeder Tageszeit. — In reicher Auswahl Chocolate, Bonbons, Confitüren und Bonbonlièren.

Um geneigten Zuspruch bittet

Café Sonne.



## Pelz-

### Aufbewahrung!

Da Pelze im Sommer leicht dem Verderben durch Motten ausgesetzt sind, bringe ich meine zur Aufbewahrung von Pelzen usw. zweckentsprechend eingerichtete Räumlichkeit in Empfehlung. — Erwaige Reparaturen bitte ich möglichst bei Uebergabe der Pelze zur Aufbewahrung zu bestellen.

Kürschner Paul Couffaint.

## Schellfisch u. Cableau,

frisch eingetroffen bei

Adolf Blumenthal.

### Ia. Ochsenmaul-Salat,

sowie

### Rollmops u. Bismarckheringe

frisch eingetroffen.

Schill, Laienberg.

Ein Paar Kinderschuhe

gingen verloren.

Abzugeben bei Maler Sauer.

## Mk. 5000

sind gegen gute Sicherheit auszuleihen.

Zu erfragen bei der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Täglich abends 8 Uhr  
**Kabarett-**  
**Vorstellung**

(Alte Linde)

Vorverkauf: Buchhandlung Trittlar, König-Karl-Str. Außerdem nimmt Billedestellungen telefonisch (52) Gasthaus „Alte Linde“ an.

Ein Paar handgemachte  
**Damenstiefel!**

Nr. 40 nur 2 mal getragen, sind weil zu klein zu verkaufen. Fr. Waidelich Städt. Krankenhaus.

**Als Hotel oder Herrsch. Diener**

sucht junger Mann mit Sprachkenntnissen bald Stellung. Prima Zeugnisse. Offerten an H. Stett, Stuttgart Bopferstraße 8. Telefon 9352.

Karotten, Kohlraben, Spinat, Rhabarber, Zitronen, frische Spargeln, sind eingetroffen bei Bender, b. d. Bergbahn.

